

Positionen der IHK Mittlerer Niederrhein zu lokalen Klimaschutzkonzepten

Der Klimawandel und die daraus resultierenden Folgen sind eine globale Herausforderung. Die Auswirkungen auf unsere Lebensräume, unsere Gesundheit, unsere Wirtschaftskraft und unseren Wohlstand sind immens. Der Report „The Stern Review: The Economics of Climate Change“ kommt zu dem Ergebnis, dass die jährlichen Kosten zur Bewältigung des Klimawandels mindestens fünf Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts erreichen werden und in ungünstigen Szenarien sogar 20 Prozent überschreiten können.¹ Für Deutschland veranschlagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bis zum Jahr 2050 Kosten von rund 800 Milliarden Euro für Klimaanpassungsmaßnahmen. Das von EU und Bundesregierung festgelegte Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 macht grundlegende Änderungen in allen Gesellschaftsbereichen erforderlich. Die dazu notwendigen nationalen und europäischen Regelungen haben auch massive Folgen für Unternehmen.

Bürger fordern vor Ort zunehmend ein entschlossenes Handeln – auch von der lokalen Politik. Deshalb ergreifen Städte und Gemeinden im Bezirk der IHK Mittlerer Niederrhein zahlreiche Maßnahmen, um den Klimaschutz auf kommunaler Ebene zu unterstützen. So beschloss der Rat der Stadt Tönisvorst am 16. Mai 2019 als erste Gemeinde in Nordrhein-Westfalen, einen „Bürgerantrag zur Ausrufung des Klimanotstandes“ zu unterstützen. Der Neusser Stadtrat hat am 27. September 2019 das Ziel für die Stadt Neuss gesetzt, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu sein. Mönchengladbach trat 2009 dem „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V.“ bei und verabschiedete 2011 ein Klimaschutzkonzept, das zeitnah überarbeitet werden soll. Auch in Kempen, Korschenbroich und dem Kreis Viersen ist die Erarbeitung oder Fortschreibung eines Klimaschutzkonzeptes für das Jahr 2021 geplant. In Kaarst und Krefeld wurde erst kürzlich ein solches Konzept erarbeitet oder fortgeschrieben. Der Rat der Stadt Krefeld hat am 23. Juni 2020 das integrierte Klimaschutzkonzept „KrefeldKlima 2030“ verabschiedet.

Unternehmen in der Region spüren die Folgen des Klimawandels unmittelbar: Hoch- oder Niedrigwasserphasen schränken die Schiffbarkeit des Rheins ein. Starkregenereignisse führen zu Überflutungen von Verkehrswegen oder Betriebsgrundstücken. Überhitzungen erfordern neue Konzepte zur Klimatisierung der Büro-, Lager- und Produktionsräume. Die weltweiten Klimaveränderungen tragen zu Rohstoffengpässen sowie zu Unterbrechungen in der Lieferkette bei. Neben erheblichen Kostensteigerungen bedeutet dies, dass Unternehmen im Extremfall ihre Existenzgrundlage durch die Folgen des Klimawandels verlieren können. Daher haben vor allem produzierende Unternehmen bereits seit Jahren umfangreich in Effizienzmaßnahmen investiert, ihren Rohstoffbezug und ihre Lieferketten nachhaltig ausgerichtet. Damit leisten sie einen erheblichen Beitrag für den Klimaschutz. Einige Unternehmen, vorwiegend aus der Dienstleistungsbranche, sind der Meinung, dass sich Unternehmen in allen Bereichen noch stärker für den Klimaschutz einsetzen sollten.²

¹ Sir Nicholas Stern: The Stern Review: The Economics of Climate Change, Cambridge (2006).

² **(Das Positionspapier wurde am 04.03.2021 von der Vollversammlung der IHK verabschiedet.)** Vorausgegangen war ein Beteiligungsprozess, an dem Unternehmen aus dem Ausschuss für Industrie, Energie, Umwelt und Digitales, dem Ausschuss für Verkehr und Logistik sowie den Regionalausschüssen Krefeld, Mönchengladbach, Neuss und Viersen um Rückmeldung zum Entwurf des Positionspapiers gebeten wurden. 52 UnternehmensvertreterInnen haben sich zu dem Entwurf gemeldet. Davon haben 25 UnternehmensvertreterInnen dem Entwurf vollumfänglich zugestimmt. 19 UnternehmensvertreterInnen haben dem Entwurf grundsätzlich mit Anregungen zugestimmt. 4 UnternehmensvertreterInnen haben Mindermeinungen vortragen, die hier angeführt werden.

Eine leistungsfähige Wirtschaft kann es auf Dauer nur mit einer intakten Umwelt geben. Genauso gilt aber auch, dass sich Klimaschutz in einer industriell geprägten Gesellschaft nachhaltig nur mit einer leistungsfähigen Wirtschaft umsetzen lässt. Ohne starke Unternehmen fehlen die Mittel, die Maßnahmen des European Green Deal³ umzusetzen. Zudem werden mit dem Know-how der Industrie innovative Lösungen erarbeitet, serienreif umgesetzt und weltweit exportiert. Damit leistet die Industrie einen Beitrag zur Senkung der globalen Treibhausgas-Belastung und schafft gleichzeitig neue Geschäftsfelder sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze. So kann eine nachhaltige und finanzkräftige Wirtschaft eine Vorreiterrolle im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz sowie der Kreislaufwirtschaft einnehmen. Klimaschutz ist somit auch eine Chance für eine wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung des Standortes Mittlerer Niederrhein. Die Implementierung von neuen und innovativen Geschäftsideen darf dabei nicht ausgebremst werden. Klimaschutz und Wirtschaftskraft müssen daher kein Gegensatz sein, sondern können Hand in Hand gehen. Klimaschutz ist langfristig und umfassend zu betrachten. Er steht deshalb auch nicht im Widerspruch zu kurzfristigen Maßnahmen, die in der aktuellen Lage aufgrund der Corona-Krise ergriffen werden sollten, um die Konjunktur zu stützen.

Die Wirtschaft am Mittleren Niederrhein erkennt die Relevanz von Klimaschutzmaßnahmen auch auf lokaler Ebene an und ist ausdrücklich bereit, hieran mitzuwirken. Mit diesem Positionspapier möchte die IHK dazu beitragen, dass bei der Erstellung und Fortschreibung lokaler Klimaschutzkonzepte die Aspekte eines wirksamen regionalen Klimaschutzes und einer starken regionalen Wirtschaft gleichberechtigt Berücksichtigung finden.

Erwartungen der Wirtschaft an kommunale Klimaschutzkonzepte

Ein globales Problem soll global gedacht werden: Ohne die lokale Verantwortung aus den Augen zu verlieren und auf sinnvolle Maßnahmen vor Ort zu verzichten, sollten aus Sicht der Wirtschaft großräumige (also globale, europäische und nationale) Klimaschutzmaßnahmen bei der Politikgestaltung im Fokus stehen. Der Klimawandel ist ein globales Problem. Treibhausgas-Emissionen treten weltweit auf und verteilen sich gleichmäßig in der Atmosphäre. Für die Problemrelevanz ist es unerheblich, wo auf der Welt Treibhausgas-Emissionen freigesetzt werden. Für die Lösung des Problems ist es ebenso unerheblich, wo Emissionen eingespart werden. Bei Maßnahmen zur Treibhausgas-Minderung muss stets gewährleistet sein, dass diese die kosteneffizientesten Varianten darstellen. Sie sollten zunächst vorrangig dort durchgeführt werden, wo der Hebel zur Einsparung am größten ist. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass Emissionen global verschoben werden unter gleichzeitiger Einbuße von Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätzen vor Ort.

Realisierbare Ziele setzen: Die vorgeschlagenen Maßnahmen und Ziele in kommunalen Klimaschutzkonzepten müssen realistisch gewählt werden. Zielsetzungen wie lokale Klimaneutralität, die sich zu einem Großteil der lokalen Handlungskompetenz entziehen, sollten vermieden werden. Sie können nur mit nationalen oder internationalen Regulierungen erreicht werden und sind allein mit kommunalen Maßnahmen kaum umzusetzen, ohne dass die lokalen bzw. regionalen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft darunter leiden. Stattdessen sollten in kommunalen Klimaschutzkonzepten Ziele wie eine Klimaneutralität der Verwaltung oder der kommunalen Einrichtungen festgelegt werden. Dies würde Unternehmen als Vorbild und Anreiz dienen. Lokale Ziele, welche die Wirtschaft betreffen, sollten entsprechend unterstützt und gefördert werden.

³ www.mittlerer-niederrhein.ihk.de/22642.

Den Beitrag der Wirtschaft zur Treibhausgas-Reduktion anerkennen: Um die gesetzten Ziele auf europäischer und nationaler Ebene zu erreichen, wurden verschiedene Maßnahmen zur Verringerung des Treibhausgas-Ausstoßes beschlossen. Dabei sind beispielhaft großräumige Lösungen wie der europäische Emissionshandel, aber auch nationale Maßnahmen, wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) oder die nationale CO₂-Bepreisung für Brennstoffe ab dem Jahr 2021 zu nennen. Diese Maßnahmen, sowie die freiwilligen Bestrebungen vieler Unternehmen, haben dazu geführt, dass die Wirtschaft einen großen Klimaschutzbeitrag geleistet hat und weiter leisten wird. Insbesondere die beschlossenen Abschaltungen der Kohlekraftwerke, auch in Grevenbroich, sind ein enormer Beitrag zum Erreichen der deutschen Klimaschutzziele. Die sich hieraus ergebenden Folgen, wie beispielsweise der Strukturwandel im Rheinischen Revier, der Verlust von Arbeitsplätzen, der Umbau der Energiewirtschaft und der verbundenen Branchen, sind jedoch in erster Linie von den Unternehmen und den Menschen vor Ort zu schultern. Insgesamt konnten durch die bereits geleisteten Anstrengungen im Industriesektor die Treibhausgas-Emissionen in den vergangenen 30 Jahren um mehr als 30 Prozent gesenkt werden.^{4;5} Auch im Wohnsektor konnten durch Effizienzmaßnahmen die Emissionen verringert werden, wobei die Minderungsleistung in den vergangenen Jahren nachgelassen hat. Im Verkehrssektor wurden im Jahr 2019 im Vergleich zum Jahr 1990 mehr Emissionen verursacht. In diesem Bereich gibt es noch Einsparpotenziale. Jedoch muss berücksichtigt werden, dass durch Effizienzsteigerungen und Änderungen in der Zusammensetzung der Kraftstoffe gesteigerte Verkehrsleistungen teilweise ausgeglichen werden konnten. Ein geringer Anteil der Unternehmen im IHK-Bezirk vertritt die Ansicht, dass diese Anstrengungen nicht ausreichen und die Wirtschaft mehr unternehmen sollte, um die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Der überwiegende Anteil der Unternehmen plädiert dafür, dass kommunale Klimaschutzkonzepte den bisher geleisteten Beitrag der Wirtschaft anerkennen sollten und Unternehmen unterstützt werden, den Umbauprozess der lokalen Wirtschaft weiter voranzutreiben.⁶

Wirtschaftsstruktur berücksichtigen: Die Unternehmen am Mittleren Niederrhein tragen durch innovative Produkte, Dienstleistungen und Prozesse dazu bei, den Ausstoß an Treibhausgasen weltweit, national und lokal zu reduzieren. Die Exportquote der Unternehmen am Mittleren Niederrhein beträgt mehr als 50 Prozent (Deutschland: 40 Prozent).⁷ Die in der Produktion anfallenden Emissionen werden in lokalen Klimaschutzkonzepten allerdings dem Produktionsstandort zugerechnet. Die geringeren Emissionen in weniger industriell geprägten Regionen werden durch die Versorgung aus Industriestandorten und die dort anfallenden Emissionen so erst ermöglicht. Ähnliches gilt für die Verkehrsleistungen in den Hafenstandorten. Über diese wird die Ver- und Entsorgung für Industrie und Verbraucher in großem Umfang sichergestellt. Die umweltfreundliche Verkehrsverlagerung auf Eisenbahn und Schiff entfaltet ihre Klimarelevanz großräumig. Im Zuge der „Verkehrswende“ wird der Stellenwert der trimodalen Logistikknoten in Krefeld, Neuss und Dormagen für den Güterverkehr zunehmen. Daher ist es wichtig, die individuelle Wirtschaftsstruktur vor Ort bei lokalen Klimaschutzkonzepten zu berücksichtigen.

Bestehende Regulierungen berücksichtigen und Unternehmen fördern: Unternehmen unterliegen bereits einer Vielzahl von internationalen, europäischen und nationalen Regulierungsinstrumenten. Diese Tatsache sollte bei lokalen Maßnahmen in Klimaschutzkonzepten

⁴ https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzbericht_2019_kabinettsfassung_bf.pdf.

⁵ In der chemisch-pharmazeutischen Industrie sind die absoluten Treibhausgas-Emissionen von 1990 bis 2018 um etwa 50 Prozent gesunken, bei einer um mehr als 70 Prozent gestiegenen Produktion. Darüber hinaus ist in diesem Zeitraum auch der absolute Energieverbrauch um mehr als 15 Prozent gesunken. (<https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/energiestatistik-daten-fakten.pdf>).

⁶ Siehe Anmerkung Fußnote 2.

⁷ www.mittlerer-niederrhein.ihk.de/493.

beachtet werden. Von zusätzlichen restriktiven oder kostenerhöhenden Maßnahmen auf lokaler Ebene, die sich an Unternehmen richten, sollte daher mit Blick auf die (inter-)nationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe abgesehen werden. Eine Belastung über die Leistungsfähigkeit der Unternehmen hinaus ist zu vermeiden und führt letztlich nur zu einer Verlagerung der Produktionsstandorte in weniger regulierte Regionen der Welt (*Carbon Leakage*)⁸. Bestehende Regulierungen versuchen diesen Aspekt durch Sonderregelungen für Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu berücksichtigen. Dieses sollte auch in lokalen Regelungen Berücksichtigung finden. Lokale Maßnahmen mit Wirtschaftsbezug sollten einen unterstützenden Charakter haben und vor allem der mittelständischen Wirtschaft durch Beratungsangebote und zielgruppengerechte Informationen Anreize bieten, einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Hierzu gehören beispielsweise Angebote wie die Teilnahme an Energieeffizienz-Netzwerken oder Ökoprofit-Projekte. Die IHK bietet zudem eigene Beratungs- und Dienstleistungsangebote an und unterstützt damit lokale Klimaschutzmaßnahmen (siehe S. 6). Dies fordern auch insbesondere Unternehmen aus dem Mittelstand.

Sorgfältige Abwägung gewährleisten: Die Ziele und Maßnahmen in Klimaschutzkonzepten dürfen nicht dazu führen, dass Kommunen ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen einseitig für das Klimaschutzziel verwenden. Bei Ermessensentscheidungen ist weiterhin eine sorgfältige Abwägung aller Belange entsprechend der jeweils anzuwendenden Rechtsnorm zu gewährleisten. Dies gilt etwa bei der Ausweisung von Gewerbegebieten in Bebauungs- und Flächennutzungsplänen. Die ausreichende Verfügbarkeit von Gewerbeflächen für Erweiterungs- und Ansiedlungsvorhaben der Wirtschaft muss gewährleistet werden. Gebundene Entscheidungen, bei denen bei Vorliegen aller Voraussetzungen eine Genehmigung zu erwarten ist, sind einer Abwägung nicht zugänglich. So dürfen etwa immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren durch lokale Klimaschutzkonzepte nicht beeinflusst werden.

Interessenkonflikte analysieren und ausgleichen: Maßnahmen in Klimaschutzkonzepten müssen dahingehend geprüft werden, ob sie mit anderen kommunalen Interessen oder Planungen, wie Luftreinhalteplänen, Lärmschutzkonzepten oder Denkmalschutzvorgaben konkurrieren. Erfahrungen haben gezeigt, dass beispielsweise die Nutzung von Windenergieanlagen zur Eigenversorgung den Vorgaben aus Lärmaktionsplänen widersprechen kann oder die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden unzulässig ist. Auch kommunale Finanzinteressen können betroffen sein: So sollten beispielsweise Dachbegrünungsmaßnahmen durch die Reduzierung der Regenwassergebühr honoriert werden.⁹ Für die freiwillige Ausstattung von Gebäuden mit einer Begrünung oder Photovoltaikanlage sollten die bürokratischen Hürden abgebaut und Umsetzungsanreize geschaffen werden. Diverse Konflikte dieser Art sollten im Vorfeld analysiert und eine Priorisierung der Belange bei der Aufstellung der Klimaschutzkonzepte mitgedacht werden.

Erreichbarkeit sichern und optimieren: Vor allem den Bereich der städtischen Mobilität können Kommunen klimapolitisch aktiv gestalten. Vor diesem Hintergrund sollten lokale Klimaschutzkonzepte genutzt werden, um Verbesserungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) voranzutreiben. Mobilitätskonzepte, in denen unter anderem eine stärkere Abstimmung der Taktungen an den Knotenpunkten und zu den angrenzenden Verkehrsnetzen, neue ÖPNV-Verknüpfungspunkte, bedarfsgerechte P+R Plätze sowie eine Optimierung des LKW-Verkehrs im Fokus stehen, können ein wertvolles Instrument zum Klimaschutz sein.

⁸ Weitere Positionen zur nationalen Klimapolitik siehe: Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation (<https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/umwelt/wirtschaftspolitische-positionen-umwelt-und-klimaschutz-8650>)

⁹ Dabei scheint ein rechtlicher Anspruch auf Verringerung der Gebühr um mindestens 50 Prozent in den Satzungen angemessen.

Weitere Maßnahmen, wie beispielsweise die Vermeidung von Park-Suchverkehren durch digitale Parkleitsysteme, die Einrichtung von Mobilitäts-Hubs und Mikro-Depots¹⁰ zur Vernetzung und Bündelung von Verkehren und Transporten oder eine bedarfsgesteuerte Ampel- und Lichtschaltung, sollten ergänzend geprüft werden. Maßnahmen, die den Verkehrsfluss erhöhen und gleichzeitig zu einer Verbesserung der örtlichen Luftqualität beitragen, sind besonders empfehlenswert. Gleichzeitig sollte die Erreichbarkeit der Innenstädte sowie der Produktionsstandorte gesichert und verbessert werden.

Erfahrungen im „Konzern Stadt“ monitoren und teilen: Aufgrund jahrelanger Investitionsstaus¹¹ können die Kommunen gerade im eigenen Anlagevermögen große Klimaeffekte erzielen. Klimaschutzkonzepte können Investitionen vorsehen, wie beispielsweise die Sanierungen städtischer Gebäude, die Umstellungen des ÖPNVs sowie eine Vielzahl weiterer klimaschützender Maßnahmen im „Konzern Stadt“. Diese Investitionen sollten mit Blick auf die dauerhafte Leistungsfähigkeit des kommunalen Haushalts einem Monitoring unterzogen werden. Es sollte die Treibhausgas-Einsparpotenziale sowie die Investitions- und Betriebskosten maßnahmenbezogen aufzeigen. Effektive und kostengünstige Maßnahmen könnten besonders herausgestellt werden. Praktische Erfahrungen und Kosteneffekte sollten mit den Unternehmen vor Ort geteilt werden, um diesen einen Anreiz zur Umsetzung vergleichbarer Maßnahmen zu bieten. Ein gutes Beispiel für gesundes und klimaneutrales Bauen bietet das grenzüberschreitende *Healthy Building Network*¹².

Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung vorantreiben: Die Ausweisung von Grünflächen zur Verbesserung des lokalen Klimas oder Vorhaben zum Umbau kommunaler Gebäude sind Ansatzpunkte, welche in Klimaschutzkonzepten durchdacht werden können. Durch gezielt eingesetzte Grünflächen und die Förderung von Bauwerksbegrünungen wird beispielsweise das lokale Klima positiv beeinflusst und ein Beitrag zur Artenvielfalt geleistet. Auch die Erarbeitung und Veröffentlichung konkreter und regionaler Klimaanpassungsstrategien, anhand derer Unternehmen ihre spezifischen Risiken erkennen und Maßnahmen ergreifen können, ist wünschenswert und können die Wirtschaft unterstützen.

Klimaschutzkonzepte im Dialog mit der Wirtschaft entwickeln: Bei der Erstellung und Fortschreibung von lokalen Klimaschutzkonzepten sollte die gesamte Wirtschaft mit ihren besonderen Belangen aus Handel, Dienstleistungen, Handwerk und Industrie im Prozess von Beginn an durchgängig beteiligt werden, um einen nachhaltigen Dialog zu gewährleisten. Die Wirtschaft und die IHK sind zur Mitwirkung an diesem Prozess bereit. Für die Kommunen eröffnet ein partizipativer Erarbeitungsprozess mit der Wirtschaft die Chance auf eine höhere Akzeptanz der Maßnahmenvorschläge bei den Unternehmen. Auch bei Förderungen erhöht eine unbürokratische und wirtschaftsnahe Ausgestaltung die Inanspruchnahme und Erfolgchancen. Erfahrungen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen können wechselseitig ausgetauscht und zum Nachahmen genutzt werden. Die IHK steht als Ansprechpartner und Bindeglied zwischen Kommune und Unternehmen gerne zur Verfügung.

¹⁰ www.mittlerer-niederrhein.ihk.de/21745.

¹¹ KfW-Kommunalpanels 2020: <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html> [21.09.2020].

¹² <https://healthybuildingnetwork.com/de/>.

Die IHK Mittlerer Niederrhein vertritt das Gesamtinteresse der 76.000 Mitgliedsunternehmen in Krefeld, Mönchengladbach, im Rhein-Kreis Neuss und im Kreis Viersen. Der Wirtschaftsstandort Mittlerer Niederrhein zeichnet sich dabei durch einen Mix aus innovativen Dienstleistungsunternehmen und hochmodernen Industrieunternehmen aus. Die industriellen Schwerpunkte bilden: Chemie, Maschinenbau, Metallerzeugung, Ernährungsgewerbe sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie. Besonders bei Klimaschutzmaßnahmen muss der traditionell energieintensiven Wirtschaft¹³ am Mittleren Niederrhein eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, um deren Leistungsfähigkeit zu sichern.

Beitrag der IHK Mittlerer Niederrhein zur Unterstützung des Klimaschutzes

Die IHK bietet neben ihrer politischen Arbeit der Wirtschaft am Mittleren Niederrhein auch konkrete Unterstützung an und ist dort ein direkter Ansprechpartner. Durch Informationsveranstaltungen und Beratungen steht die IHK allen interessierten Unternehmen bei Fragen rund um die Themen Energieeinsparung, Klimaschutz und Mobilität zur Seite. Als besondere Angebote der IHK sind zu nennen:

- *die Initialberatung Energie und das Klimaschutz-Coaching*
- *Datenbanken wie der Eco-Finder und die Recyclingbörse, die Unternehmen im Bereich der Umwelt- und Energiebranche vernetzen*
- *das Projekt „Energie-Scouts“, bei dem Auszubildende in Unternehmen geschult werden, um Energie- und Ressourceneinsparpotenziale zu finden*
- *die Informationen zu Umwelt- und Energiemanagementsystemen*
- *die gezielte Beratung zu Förderprogrammen*

Stand: 04. März 2021

¹³ www.mittlerer-niederrhein.ihk.de/18352.